

Ab 5,42 Euro brutto/Std. verlangt der Staat Lohnsteuer

Deutschland: Hochsteuerland für Armutslöhner!

Alle reden von Steuerskandalen, von Steueroasen, in die Uli Hoeneß, Gunter Sachs und andere Millionäre Gelder verschoben haben. Wir reden von Frank Müller.

Frank ist Lagerfacharbeiter. Als Leiharbeiter in der Automobilindustrie bekommt er 10 Euro/Std. (bei 38,5 Std./Woche 1.670 € im Monat). 10 Euro sind ein Armutslohn.

An diesem Armutslohn bedient sich das Finanzamt monatlich mit 142,00 € (www.lohnsteuertabelle-online.de/lohnsteuertabelle-2013.pdf).

Ab 906 Euro (oder 5,42 Euro/Std.) werden Frank 14 % Lohnsteuer abgezogen (ab 1.122 Euro aufgrund der extremen Steuerprogression schon 24 %). Er kann mit 906 € brutto (718 € netto) Hartz IV beanspruchen. Das Finanzamt schlägt trotzdem zu. Die Pfändungsfreigrenze liegt bei 1.030 Euro. Das Finanzamt „pfändet“ trotzdem.

Wenn Frank mehr als 500 Euro Warmmiete zahlt, kann er sogar mit seinen 1.670 Euro brutto (1.182 Euro netto) noch Hartz IV beantragen. Trotzdem wird Lohnsteuer fällig.

Warum eigentlich wird nicht hier von einem Skandal gesprochen?

10 Euro brutto, lohnsteuerfrei!

10 Euro brutto sind ein bescheidenes Existenzminimum für einen alleinstehenden Vollzeitbeschäftigten. So hoch muss ein gesetzlicher Mindestlohn mindestens sein. In Frankreich liegt der gesetzliche Mindestlohn bei 9,43 Euro, lohnsteuerfrei. Mit den 8,50 Euro, die DGB-Führung und SPD fordern, liegt man schon bei einer Warmmiete von 380 Euro unter dem jetzigen Hartz IV-Niveau. Was soll das?

Null-Prozent Lohnsteuern über Steueroasen? Für Frank unmöglich.

Frank kann nicht wie Unternehmer in eine Null-Prozent-Steueroase abwandern. Sein Lohn ist kein Gewinn, den er verschieben kann. Er ist keine „Ich AG“, kein Unternehmen. Er bekommt die Lohnsteuer nicht; sie wird direkt abgezogen. Woher soll Frank das Geld hernehmen für Gebühren, Anwaltskanzleien und Ausgaben, die einem Briefkasten in einer Steueroase den Anschein



geschäftlicher Aktivitäten verleihen? Andernfalls würde dieser als „rechtswidrige Zwischengesellschaft“ eingestuft. Frank würde dennoch in Deutschland versteuert. Legale „Steuroptimierung“ in Richtung Null-Prozent mit Hilfe von „Steueroasen“ ist nur was für Banken und Konzerne und für vermögende Privatleute aller Sorten.

Nach Lohnsteuer vom Bruttolohn, auch noch Mehrwertsteuer vom Nettolohn?

Weg mit der Doppelbesteuerung!

Wenn Frank mit seinem versteuerten Lohn Brot, Milch, Fleisch, Obst, Elektrogeräte, Möbel, Kleidung usw. kauft, fällt Mehrwertsteuer an. Er wird doppelt besteuert. Bei Kaffee, Strom, Benzin, Tabak, Alkohol usw. kommt noch eine Extrasteuer hinzu. Die indirekten Steuern dürften Frank weitere 100 Euro Steuern kosten. Zusammen mit den 142 Euro Lohnsteuer gehen rund 15 Prozent seines Bruttolohns für Steuern drauf.

Die Mehrwert- oder Umsatzsteuer ist von 4 % (1951) auf 10 % (1968) und dann 19 % (ab 2007) erhöht worden. Sie ist mit 195 Mrd. Euro bzw. einem Drittel des Steueraufkommens die wichtigste Steuer geworden. Verbrauchssteuern treffen vor allem die Lohnabhängigen. Je geringer das Einkommen, desto höher die Belastung.

Wir fordern:

Abschaffung der Mehrwertsteuer und aller indirekten Steuern!

b.w.

KLARTEXT ZU STEUEROASEN





Wo sie Recht hat, hat sie Recht!

Deutsche Banken betrachten Steuern als Enteignung

Der Bundesverband Deutscher Banken hält es für „nichts anderes als eine ... Enteignung ..., wenn der Fiskus den Bürgern ihr Geld wegnimmt“ (*Wirtschaft, Materialien für den Unterricht*, 1.6, 41). Banken und die von ihnen betreuten Millionäre streben nach Freiheit von Steuern, wie schon Adel und Klerus vor der Französischen Revolution.

EU-Ratspräsident van Rompuy bezifferte die Steuerausfälle der EU durch „Steuervermeidung und Steuerflucht“ auf 1.000 Milliarden jährlich (*Handelsblatt* 12.04.2013). Bei einer Verteilung gemäß der Wirtschaftskraft würden auf Deutschland 21 % oder 210 Mrd. Euro jährlich entfallen, ein Drittel des jetzigen Steueraufkommens.

Nach der Weltwirtschaftskrise 1975 umgaben sich alle Industrieländer verstärkt mit Steueroasen, um die Profitraten des Kapitals aufzupäppeln. Das war und ist auch in EU-Staaten legal („Selbstgebohrte Schlupflöcher“, *SZ* 11.04.2013).

Steuer“optimierung“ staatlich gefördert

Mit massiven Gewinnsteuersenkungen verwandelt sich auch Deutschland nach und nach in eine Steueroase. 1989 betrug der Einkommensteuersatz der Kapitalgesellschaften (Körperschaftsteuer) noch 56 %, ab

Steueroasen stehen im Zentrum, nicht am Rand der kapitalistischen Weltwirtschaft! (*Nicholas Shaxson, Schatzinseln, Zürich 2011, 18*). Die größten Banken und Konzerne Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der USA usw. sind die Nutznießer ihrer 60 Steueroasen. Die Hälfte der Bankvermögen und ein bedeutender Teil des Welthandels und der weltweiten Investitionen fließen legal durch deren Nullprozent-Filter. Die bedeutendsten Steueroasen sind die City of London (mit Außenposten auf 20 Inseln) sowie die USA mit Delaware und anderen Bundesstaaten (*Shaxson 2011, 34*). In beiden ist die Deutsche Bank stark vertreten. Steueroasen sind die zweite Heimat der Banken. Hier können sie mit Schattenbanken und winzigem Eigenkapital riesige Finanzräder drehen. Die u.a. daraus entspringenden Verluste werden mit zig-Milliarden an Steuergeld aufgefangen. Die Wut darüber ist groß, der Vertrauensverlust für das Kapital ebenso. Jetzt geben die G8 Staaten vor, handeln zu wollen, aber nur, weil sich das Dunkel über den Steueroasen dank Geheimnisverrat lüftet. Manche fordern sogar:

Steueroasen trockenlegen!

Schön und gut, aber wie lassen sich Großbritannien und die USA trockenlegen?

2008 nur noch 15 % (knapp über den Steueroasen Zypern und Irland). 1989 machte die Körperschaftsteuer 6,4 % des Steueraufkommens aus, 2012 waren es nur noch 2,8 %. Legaler Steuerausfall rund 25 Mrd. Euro jährlich.

1989 betrug der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer 56 %, heute nur noch 42 % bzw. 45 % (Reichensteuer). Das ergibt weitere Milliarden legaler Steuerausfälle. Unternehmen zahlen auch keine Mehrwertsteuer. Sie wälzen sie auf die Verbraucher ab. Wir fordern u.a.

Senkung des Körperschaftsteuersatzes zurücknehmen!

Spitzensteuersatz der Einkommensteuer kräftig anheben!

Nachdruck und weitere Verbreitung erwünscht!

Juli 2013

V.i.S.d.P: Klaus Neuwirth Bonifatiusstr. 22b, 44892 Bochum; kostenlose Bestellung: info(at)klartext-info.de

www.klartext-info.de